

Leben unter dem Existenzminimum: Über 500 Haushalte im Land betroffen

Hilfe Während die Anzahl hilfsbedürftiger Menschen steigt, soll im Zuge der Umstrukturierung des Amtes für Soziale Dienste eine Bedarfserhebung klären, welche Angebote künftig benötigt und bezahlt werden sollen.

VON SILVIA BÖHLER

Ende 2013 hatte die Caritas vor der wachsenden Armut im Land gewarnt. Nun belegen auch aktuelle Zahlen des Amtes für Soziale Dienste (ASD), dass die Anzahl hilfsbedürftiger Menschen in Liechtenstein weiter

steigt. «Im Jahr 2013 haben wir 7,2 Millionen Franken für die wirtschaftliche Sozialhilfe ausgegeben. Das sind 1,4 Millionen mehr als im Jahr davor», erklärt Amtsleiter Karl-Anton Wohlwend im «Volksblatt»-Interview. Über 500 Haushalte seien mittlerweile betroffen. Die Menschen würden ohne Unterstützung unter dem Existenzminimum leben. Auf wirtschaftliche Sozialhilfe sind sie aus verschiedenen Gründen angewiesen: Scheidung, Trennung, Krankheit, Behinderung, persönliche Krisen, Suchtprobleme, fehlendes oder zu niedriges Einkommen.

Den Hauptgrund sieht Wohlwend allerdings in der Arbeitslosigkeit: «Einen massiven Anstieg gab es im vergangenen Jahr bei den Arbeitslosen

über 50 Jahre.» Aber auch die Anzahl Erwerbsunfähiger habe im Vergleich zu 2012 um 20 Prozent zugelegt. Dies führt Wohlwend auf ein restriktiveres Agieren der Invalidenversicherung zurück.

Bedarfserhebung notwendig

Um den betroffenen Menschen entsprechende Hilfe und Unterstützung bieten zu können, arbeitet das ASD mit rund 40 Sozialhilfeorganisationen im Land zusammen. Die Dienstleistungen reichen vom Betreuten Wohnen über die Familienhilfe bis hin zu therapeutischen Diensten und Arbeitsprojekten für Jugendliche und ältere Menschen. Insgesamt gibt die Behörde dafür jährlich rund 20 Millionen Franken aus.

Im Zuge der Regierungs- und Verwaltungsreform sollen die soziale Versorgung sowie das Amt neu organisiert werden. Die Vorgängerregierung hatte bereits 2012 einen Bericht und Antrag (BuA) zur Umstrukturierung ausgearbeitet. «Die Vorschläge haben jedoch sehr viel Widerstand im Land hervorgerufen und hätten enorme Kapazitäten benötigt, die Sozialhilfeorganisationen von den Änderungen zu überzeugen», sagt Wohlwend. Er will nun einen anderen Weg gehen: Gemeinsam mit den Organisationen soll eine Bedarfserhebung zu den Bedürfnissen der Klienten durchgeführt und anschliessend die Umstrukturierung aufgegleist werden. «Wir müssen den Weg miteinander gehen», so Wohlwend. Seite 7